

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 1. Sitzung des Klima- und Nachhaltigkeitsausschusses am Mittwoch, den 18.03.2026 im Großen Sitzungssaal, Neues Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:38 Uhr

ANWESEND:

- VORSITZENDER -

Dr. Christian Moser

- MITGLIEDER -

Anita Goller

Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Thomas Hartmann

Christian Heilmann-Tröster

Anton Holler

Christian Kilger ab 16:08 Uhr

Alfred Ortmann

Yvonne Pletl-Schäfer

Tim Rothenwöhrer

Prof. Dr. med. Peter Schandelmaier bis 17:25 Uhr

Harald Schiller

Ewald Tremel

- SCHRIFTFÜHRERIN -

Theresa Hiendl

- VERWALTUNGSREFERENTEN -

Klaus Busch

Michael Plecher

Christoph Strasser

Stefan Stricker

Ulrike Watzek

- GÄSTE -

Florian Laumbacher

Katrin Schreiber

Energieagentur Regensburg e.V.

Deggendorfer Zeitung

ABWESEND:

TAGESORDNUNG:

1. Bekanntgaben
2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 01.10.2025 (3. Sitzung)
3. Kommunale Wärmeplanung der Stadt Deggendorf;
Vorstellung der Ergebnisse
Sachgebiet 41
4. PV- Anlagen auf städtischen Gebäuden;
Auswertung der Anlagen Neues Rathaus, GS St. Martin und KiGa Hafenbrädl
Sachgebiet 42
5. Integriertes Klimaschutzkonzept Deggendorf;
Sachstandsbericht und Umsetzungsstand
Sachgebiet 41
6. Anfragen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, erklärt, dass frist- und formgerecht geladen wurde, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Einwände gegen die vorliegende TO werden nicht erhoben.

TOP 1 Gegenstand:
Bekanntgaben

Folgende öffentliche Bekanntmachungen wurden über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt:

- Beteiligungen an Windenergie- und PV-Freiflächen-Anlagen
- Einladung zur Ausstellung „Streuobstwiesen-Paradiese aus Menschenhand“

TOP 2 Gegenstand:
Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 01.10.2025 (3. Sitzung)

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung wurde den Stadtratsmitgliedern mit Ladung zur heutigen Sitzung in das Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt. Einwendungen wurden auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht erhoben.

TOP 3 Gegenstand:
Kommunale Wärmeplanung der Stadt Deggendorf;
Vorstellung der Ergebnisse

Herr Laumbacher von der Energieagentur Regensburg e.V. hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Herr StR Prof. Dr. Schandlmeier fragt nach, ob die auf den neuen und erweiterten Vorrangflächen des Regionalen Planungsverbands Donau Wald vorgesehenen Windkraftanlagen sinnvoll seien und ob deren Errichtung dort über eine reine Theorie hinaus möglich sei.

Herr Laumbacher erklärt, dass theoretisch zwölf Windkraftanlagen möglich wären. Diese Zahl beruhe auf GIS-Simulationen, die unter idealisierten Bedingungen die mögliche Anzahl ermitteln. Er betont jedoch, dass es sich um ein hypothetisches Modell handle, abhängig von verschiedenen Faktoren wie Ellipsenberechnung und Windstärken. Ob die Anlagen tatsächlich

gebaut werden könnten, sei offen, da die Berechnungen nur eine Modellannahme darstellen und keine Aussage über eine spätere Umsetzung zulassen.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier fragt, wie die nächsten Schritte umgesetzt werden sollen, wenn der Wärmeplan zwar keine rechtlichen, aber politische Auswirkungen hat. Er erwartet, dass der Sachvortrag das Gremium dazu veranlasst, konkrete Beschlüsse zu fassen und die Verwaltung entsprechend beauftragt. Der vorliegende Beschlussvorschlag sei aus seiner Sicht zu wenig verbindlich; eine präzisere Formulierung sei nötig, um die Maßnahmen wirksam umzusetzen. Zudem erkundigt er sich, weshalb aus allen möglichen Wärmenetzgebieten gerade diese drei Fokusgebiete ausgewählt wurden und wer diese Entscheidung getroffen hat.

Herr Laumbacher führt aus, dass die Auswahl der Fokusgebiete auf der zuvor dargestellten Wärmedichte basiert und bestimmte Kriterien einzelne Gebiete besonders geeignet machen. Die Reihenfolge der potenziellen Netze leite sich aus den technischen Parametern ab. Der Prozess sei mehrstufig gewesen: Die Energieagentur Regensburg e.V. habe Vorschläge erstellt, die von der Stadt Deggendorf geprüft, ergänzt und zurückgespielt wurden. Anschließend habe eine Beteiligung relevanter Akteure stattgefunden– u. a. mit den Stadtwerken Deggendorf und dem Wasserwirtschaftsamt, aus der die drei Fokusgebiete hervorgegangen seien.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier möchte wissen, wo die übrigen Wärmenetzgebiete dokumentiert sind und ob sie im Anhang enthalten seien.

Herr Laumbacher teilt mit, dass die Verwaltung eine vollständige Liste besitzt. Die Gebiete wurden anhand der Wärmedichte und der einschlägigen Verordnungen bestimmt. Für die Bewertung werde eine gewichtete Matrix mit 15 Parametern genutzt. Diese Detailberechnungen seien nicht im Anhang enthalten.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier merkt an, dass Wasserstoff bisher kaum eine Rolle spiele. Er verweist darauf, dass teils Gasheizungen, teils wasserstofffähige Geräte vorhanden seien, und stellt die Frage nach einer vollständigen Umstellung des Gasnetzes– insbesondere ob es einen „Tag 0“ gebe, ab dem alle Heizungen sofort wasserstofffähig sein müssten.

Herr Laumbacher erläutert, dass viele heutige Gasheizungen bereits einen Anteil Wasserstoff mitverbrennen können, langfristig entstünden jedoch Herausforderungen. Eine sofortige Gesamtlösung sei nicht nötig, da die Umstellung im Zuge von Sanierungen und Heizungstauschen in den kommenden 20 Jahren schrittweise erfolge.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier erinnert daran, dass der Stadtrat 2021 das Ziel einer Klimaneutralität bis 2035 beschlossen habe. Dieses Zieljahr finde sich jedoch nicht im Wärmeplan wieder. Er fragt, ob 2035 keine verbindliche Vorgabe gewesen sei und warum dieses Ziel keine Rolle spiele.

Herr Laumbacher weist darauf hin, dass der Wärmeplan auf Basis der normativen und rechtlichen Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes erstellt wurde.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier kritisiert, die Energieagentur Regensburg halte sich nicht an die Beschlüsse des Stadtrats.

Oberbürgermeister Dr. Moser stellt klar, dass der Stadtrat lediglich beschlossen habe, das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu verfolgen, nicht jedoch verbindlich festzulegen. Ein Auftrag zur vollständigen Umsetzung bis 2035 sei nicht erteilt worden. Er äußert deutliche Verärgerung darüber, dass Herr StR Prof. Dr. Grabmeier die Beschlusslage wiederholt falsch darstelle.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier fragt weiter, ob das Ziel 2035 künftig überhaupt noch Bedeutung habe. Er könne nicht nachvollziehen, warum es nicht im Wärmeplan auftauche, und halte das Ziel ohnehin für kaum erreichbar. Abschließend fragt er nach der heutigen Relevanz des Beschlusses von 2021. Herr StR Prof. Dr. Grabmeier erkundigt sich zudem nach den Datenquellen für die Heizungsarten, insbesondere ob die Angaben vom Kaminkehrer stammen.

Herr Laumbacher führt aus, dass die Daten aus mehreren Quellen stammen: Schornsteinfegerdaten, Zensus sowie Fragebögen aus Bürgerschaft, Gewerbe und Handel. Daraus sei ein Verteilungsalgorithmus entwickelt worden, dessen Genauigkeit mit jeder zusätzlichen Eingabe steige.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier weist darauf hin, dass der nördliche bergige Bereich des Stadtgebiets in der Grafik zu Grundwasser-Wärmepumpen gelb markiert ist, und fragt, ob dort das Grundwasser zu tief liegt und eine Nutzung ausgeschlossen ist.

Herr Laumbacher erläutert, dass die Darstellung auf Daten des Landesamts für Umwelt basiert, das über die beste Datengrundlage verfügt. Im nördlichen Stadtgebiet sei eine Nutzung aufgrund geologischer und wasserwirtschaftlicher Bedingungen nicht möglich.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier stellt fest, dass großes Strompotenzial vorhanden wäre, wenn alle Möglichkeiten genutzt würden. Er fragt, ob im Zusammenhang mit Photovoltaik auch Batteriespeicher betrachtet wurden, da bereits heute zeitweise zu viel Strom produziert und mangels Netzkapazität oder Speichermöglichkeiten nicht aufgenommen werde.

Herr Laumbacher teilt mit, dass keine Stromnetzanalyse vorgenommen wurde. Eine umfassende Betrachtung von Speicherstrukturen würde den Rahmen des Wärmeplans überschreiten und wäre spekulativ.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier hält fest, dass ausreichende Batteriespeicher und ein ausgebautes Stromnetz notwendig seien.

Herr Laumbacher betont, dass die Infrastruktur mitwachsen müsse, da ohne sie die Umsetzung nicht gelingen könne.

Frau StRin Goller merkt an, dass die Berechnung der Energiekosten schwierig sei, da Gas- und Ölpreise stark schwanken. Dadurch werde ein Vergleich mit alternativen Wärmeträgern erschwert. Sie fragt, ob diese Preisschwankungen in der Kalkulation berücksichtigt werden.

Herr Laumbacher erklärt, dass schwankende Gas- und Ölpreise nicht eingerechnet werden. Die Entstehungskosten würden über eine dynamische Sensitivitätsanalyse in drei Szenarien - ein normales, ein optimistisches und ein pessimistisches - ermittelt, wobei ein deutlicher Energiepreisanstieg sichtbar sei, jedoch bei einem Euro pro kWh gedeckelt werde. Ein Annahmenblatt mit den zugrunde liegenden Preisen liege vor. Preissteigerungen fossiler Energieträger hätten keinen Einfluss auf den Gestehungspreis, da sie nicht Teil der Berechnung seien.

Frau StRin Goller äußert Unverständnis, da in Deggendorf noch viele Gas- und Ölheizungen betrieben werden.

Herr Laumbacher stellt klar, dass bei einem Heizungstausch künftig Systeme mit erneuerbaren Energien vorgesehen seien. Neue Wärmenetze würden grundsätzlich nicht mit Gas oder Öl betrieben werden. In den Fokusgebieten seien ausschließlich erneuerbare Energien geplant, weshalb Preissteigerungen fossiler Energieträger keine Rolle spielten – auch nicht bei dezentralen Varianten, da auch dort keine fossilen Energien betrachtet wurden.

Frau StRin Goller fragt dennoch, ob sich Investitionen für die Nutzer am Ende rechnen, da gerade in dezentralen Gebieten Vergleiche notwendig seien und günstige Wärmepreise erwartet würden.

Herr Laumbacher erklärt, dass Betreiber wirtschaftlich kalkulieren müssten, die endgültige Entscheidung jedoch immer beim einzelnen Nutzer liege. Jede Einzelperson müsse eine privatwirtschaftliche Investitionsentscheidung treffen – alles andere sei Spekulation. Gehe eine Heizung kaputt, solle man idealerweise in ein zukunftssicheres System investieren.

Frau StRin Goller betont, dass sie und Herr Laumbacher inhaltlich übereinstimmen und ihr wichtig sei, die Motivation zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien zu erhöhen.

Herr Laumbacher ergänzt, dass laut Klimaschutzgesetz spätestens bis 2045 eine Heizung auf Basis erneuerbarer Energien verpflichtend sei. Fossile Heizungen könnten zwar noch eingebaut werden, müssten aber spätestens nach 20 Jahren ersetzt werden.

Frau StRin Goller bedauert, dass die kommunale Wärmeplanung keine rechtliche Wirkung hat, und wünscht sich, dass der daraus entstehende Impuls stärker genutzt wird. Sie fragt, ob Deggendorf lediglich das Mindestmaß erfüllen oder ambitionierter vorangehen wolle. Sie spricht sich für konkrete Maßnahmen aus und nennt als Beispiel die Sanierungskampagne des Marktes Langquaid. Ähnliche Projekte würde sie auch in Deggendorf begrüßen. Ihr Anliegen ist, der Bevölkerung zu zeigen, dass die Aufgabe gemeinsam zu bewältigen ist. Zudem verweist sie auf Kampagnen anderer Städte wie Freiburg, München und Hamburg als mögliche Anregungen.

Oberbürgermeister Dr. Moser bedankt sich für die Hinweise und betont, dass er für Ideen dankbar sei, die zur Größenordnung der Stadt Deggendorf passen.

Herr StR Rothenwöhrer fragt, ob die drei Fokusgebiete aufgrund der erwarteten Wirtschaftlichkeit ausgewählt wurden.

Herr Laumbacher erklärt, dass die Wirtschaftlichkeit zwar berücksichtigt wurde, aber nicht entscheidend war. Die Auswahl sei Ergebnis eines mehrstufigen Prozesses mit Beteiligung relevanter Akteure.

Herr StR Rothenwöhrer erkundigt sich, ob es sich um eine grobe technische Vorbeurteilung handelt und ob die Machbarkeitsanalyse später die technische und wirtschaftliche Umsetzung prüft.

Herr Laumbacher bestätigt, dass es sich um eine grobe technische Vorbeurteilung handelt. Die Wärmeplanung enthalte nur Vorschläge; eine Machbarkeitsanalyse müsse separat beschlossen werden. Bei einer konkreten Planung werde ein Fokusgebiet priorisiert, Varianten verglichen und weitere Daten erhoben – dies entspreche bereits einer Entwurfsplanung.

Herr StR Kilger fragt nach den Erfahrungen der Energieagentur Regensburg e.V. beim Ausbau von Wärmenetzen. Er verweist auf Beispiele aus Nachbargemeinden, in denen viele Anwohner anfänglich Interesse gezeigt hätten, letztlich aber nur wenige angeschlossen wurden. Er bezweifelt daher, ob Wärmenetze im Bestand genügend private Anschlüsse gewinnen können.

Herr Laumbacher stellt klar, dass zwischen Bestands- und Neubaugebieten unterschieden werden müsse. In bestehenden Quartieren sei der Anschluss wegen vieler Beteiligter schwieriger und oft mit hohen Risiken und Kosten verbunden. In Neubaugebieten sei der Ausbau wesentlich

einfacher. Wärmenetze seien grundsätzlich umsetzbar, sollten aber klein beginnen und schrittweise erweitert werden.

Herr StR Kilger hält diese Vorgehensweise für unrealistisch, da die Größe eines Heizkraftwerks und dessen Wirtschaftlichkeit entscheidend seien. Ein „einfacher Start“ könne zu nur kostendeckenden, aber nicht wirtschaftlichen Ergebnissen führen.

Herr Laumbacher betont, dass auch kleine Wärmenetze vorab wirtschaftlich kalkuliert werden müssten.

Herr StR Kilger folgert abschließend, dass der Ausbau von Wärmenetzen im Bestand sehr schwierig sei und die Erfolgchancen gering seien.

Oberbürgermeister Dr. Moser stellt fest, dass Wärmenetze in Neubaugebieten einfacher umzusetzen seien. In Bestandsgebieten sei dies dagegen schwierig, da bereits wenige Anwohner mit eigenen erneuerbaren Heizungen eine Realisierung nahezu unmöglich machen können. Er verweist zudem auf das Thema „kalte Nahwärme“.

Herr Strasser ergänzt, dass in den Fokusgebieten 1 und 8 bereits Bewegung erkennbar sei. In Fokusgebiet 1 erleichterten Großabnehmer wie die Technische Hochschule Deggendorf und Gewerbe die Umsetzung eines Wärmenetzes. Im Fokusgebiet 8 bestehe ebenfalls Potenzial, da viele Gebäude der Stadtbau GmbH Deggendorf gehören.

Oberbürgermeister Dr. Moser betont, dass Wärmenetze leichter realisiert werden können, wenn viele Gebäude in einer Hand liegen. Er verweist auf die Dr.-Kollmann-Straße als Beispiel einer erfolgreichen Nahwärmelösung. Auch in Bachstraße und Bergerstraße könne aufgrund vieler Gebäude der Stadtbau GmbH bzw. der Wohnungsgenossenschaft ein Wärmenetz möglich sein. Sobald jedoch viele verschiedene Eigentümer beteiligt seien, werde die Umsetzung deutlich schwieriger.

Herr StR Heilmann-Tröster betont die Notwendigkeit, aus rechtlichen, klimapolitischen und wirtschaftlichen Gründen von Öl und Gas wegzukommen. Steigende Preise und gesetzliche Vorgaben, u. a. das Verfassungsgerichtsurteil von 2021 sowie EU-Regelungen, machten das Ziel Klimaneutralität bis 2045 verbindlich. Er begrüßt die kommunale Wärmeplanung als wichtiges Instrument. Dies stelle kein starres Konzept dar, sondern ein Portfolio möglicher Lösungen. Nicht überall seien Wärmenetze sinnvoll; vielfach kämen individuelle Lösungen wie Wärmepumpen zum Einsatz, insbesondere in Neubaugebieten. Er verweist auf Beispiele aus anderen Städten, etwa Flusswärme in Mannheim oder den Umstieg von Gas zu alternativen Wärmequellen in Zürich. Wasserstoff bewertet er kritisch, da grüner Wasserstoff knapp sei und für Heizungen zu wertvoll sei. Aus Gesprächen mit Akteuren gehe hervor, dass grundsätzlich Bereitschaft für alternative Wärmequellen bestehe. Die Wärmeplanung biete hierfür eine gute Grundlage, die Umsetzung müsse schrittweise erfolgen.

Oberbürgermeister Dr. Moser hebt hervor, dass die größte Herausforderung im privaten Bereich liege. Die Stadt Deggendorf strebe an, mit ihren eigenen Liegenschaften bis 2035 klimaneutral zu werden, diese machten jedoch nur einen kleinen Anteil im Stadtgebiet aus. Als positives Beispiel nennt er die energetisch autarke Sanierung des Schulzentrums Pandurenweg und gibt dafür das Wort an Herrn Plecher weiter.

Herr Plecher erläutert, dass das städtische Schulzentrum künftig vollständig über Wärmepumpen beheizt wird. Die Energie wird aus 26 Tiefensonden mit jeweils 140m Tiefe unter der Turnhalle gewonnen. Damit kann das Schulzentrum im Winter beheizt und im Sommer gekühlt werden; die im Winter entzogene Wärme wird im Sommer wieder in das

Erdreich zurückgeführt, was zur Regeneration beiträgt. Die Kühlung erfolgt über Fußbodenheizung, wobei das Solewasser direkt genutzt wird, ohne dass die Wärmepumpe in Betrieb ist. Dadurch fallen im Sommer lediglich Stromkosten für die Umwälzpumpe und Lüftungsanlagen an. Zusätzlich ist eine PV-Anlage mit ca. 80kWp geplant, um einen Großteil des dortigen Strombedarfs zu decken. Ein Batteriespeicher sei vorgesehen, insbesondere für die Turnhalle zur Nutzung des Eigenstroms in den Abendstunden.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier bittet darum, in der nächsten Sitzung des Klima- und Nachhaltigkeitsausschusses einen Sachstandsbericht zur kalten Nahwärme im Bereich des Bebauungsplans Nr. 164 „Isarstraße-Sandfeld“ zu erhalten. Zudem merkt er an, dass die Geothermie in der kommunalen Wärmeplanung nur eine untergeordnete Rolle spiele. Er fragt nach den Gründen hierfür, zumal es in der Vergangenheit bereits Bohrungen gegeben habe. *Herr Laumbacher erläutert, dass zwischen tiefer und oberflächennaher Geothermie zu unterscheiden sei. Tiefe Geothermie schließe er für Deggendorf aus, da sie vor allem im Molassebecken südlich der Donau wirtschaftlich sinnvoll sei und in Deggendorf mit zu hohen Kosten verbunden wäre. Die oberflächennahe Geothermie könne über Erdwärmekollektoren, Erdwärmesonden und Grundwasser Wärmepumpen genutzt werden. Erdwärmekollektoren seien auf Basis von Daten des Landesamts für Umwelt nahezu flächendeckend möglich, stellten jedoch lediglich eine theoretische Potenzialabschätzung ohne technische Bewertung dar. Erdwärmesonden reichten in der Regel bis etwa 100 m Tiefe. Die Entzugsleistung sei stark vom Bodenaufbau abhängig; sandige und lehmige Böden seien günstiger als steinige. Vor einer Nutzung sei stets ein hydrogeologisches Gutachten erforderlich. Grundwasser-Wärmepumpen seien insbesondere in den bergigen Stadtquartieren meist ungeeignet, unter anderem aufgrund topographischer und wasserwirtschaftlicher Einschränkungen sowie notwendiger Brunnenabstände. Zudem müsse ausreichendes und qualitativ geeignetes Grundwasser vorhanden sein. Diese Faktoren seien ausschlaggebend dafür, dass Geothermie im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung nicht weiterverfolgt worden sei.*

Herr StR Ortmann hält die kommunale Wärmeplanung für zu theoretisch. Aus seiner Sicht ist vor allem die Verfügbarkeit von günstigem Strom entscheidend. Die fehlenden Speichermöglichkeiten für erneuerbaren Strom sieht er als zentrales Problem und verweist darauf, dass Stromspeicher seiner Meinung nach mit Eingriffen in die Natur verbunden sind.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag vom 27.02.2026 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: laut Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Pers. beteiligt: 0

Gesamt: 0

1. Der Bericht zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt Deggendorf wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge in der Bauleitplanung und den weiteren städtischen Planungen zu berücksichtigen.
3. Der Maßnahmenfortschritt wird evaluiert und über die Umsetzung wird im Klima- und Nachhaltigkeitsausschuss berichtet.
4. Mit Abschluss der kommunalen Wärmeplanung und unter Berücksichtigung des städtischen Standortkonzeptes für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, des Verkehrsentwicklungsplans sowie des Radverkehrskonzeptes wird der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 27.11.2019 mit dem Auftrag zur Erstellung eines digitalen Energienutzungsplanes in seinen Zielsetzungen als erfüllt und damit als umgesetzt bewertet.

TOP 4 Gegenstand:
PV- Anlagen auf städtischen Gebäuden;
Auswertung der Anlagen Neues Rathaus, GS St. Martin und KiGa Hafenbrädl

Herr Plecher hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Herr StR Heilmann-Tröster betont, dass Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden Umwelt und Haushalt entlasten. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass eine Erweiterung der Photovoltaikanlage auf dem Dach der Grundschule St. Martin sinnvoll wäre. Er fragt nach, ob hierfür bereits eine konkrete Umsetzung geplant sei.

Herr Plecher erläutert, dass die Maßnahme technisch möglich sei, jedoch von der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel abhängt.

Herr StR Ortmann erkundigt sich nach den Entstehungskosten von Photovoltaikanlagen. *Herr Plecher gibt an, dass die Entstehungskosten - ohne Batteriespeicher - zuletzt bei rund 1.000 Euro pro kWp gelegen hätten und inzwischen gesunken seien. Einen Batteriespeicher gebe es derzeit lediglich am Feuerwehrrätehaus Seebach, da dieses ausschließlich elektrisch beheizt werde. In der Übergangszeit reiche der gespeicherte Strom aus, um das Gebäude über Nacht mit Energie zu versorgen.*

Herr StR Ortmann fragt nach, wie lange bei schlechtem Wetter mit dem Batteriespeicher geheizt werden könne.

Herr Plecher erklärt, dass bei ungünstigen Wetterbedingungen entsprechend weniger Photovoltaikleistung zur Verfügung stehe. In solchen Fällen werde der benötigte Strom für die Heizung aus dem Netz zugekauft.

Herr StR Heilmann-Tröster stellt fest, dass sich Photovoltaikanlagen in kurzer Zeit amortisieren.

Der Tagesordnungspunkt wird laut Beschlussvorschlag vom 05.03.2026 **zur Kenntnis genommen.**

TOP 5 Gegenstand:
Integriertes Klimaschutzkonzept Deggendorf;
Sachstandsbericht und Umsetzungsstand

Herr Stricker hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt den Sachvortrag.

Herr StR Heilmann-Tröster erkundigt sich nach dem Stand der Digitalisierung im ÖPNV, insbesondere zu digitalen Fahrplananzeigen.

Herr Stricker weist darauf hin, dass dieses Thema grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich des Mobilitätsmanagers Dr. Simon Renner falle. Er weist darauf hin, dass erste Kostenschätzungen vorliegen, eine Umsetzung im laufenden Jahr jedoch personell und finanziell nicht vorgesehen sei. Die Maßnahme bleibe Teil des Integrierten Klimaschutzkonzepts. Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt, dass frühere Überlegungen zu einer schnellen Umsetzung wegen Vandalismus- und Witterungsproblemen verworfen wurden. Derzeit stehe die Stadt im Austausch mit einem Unternehmen am Innovations-Technologie-Campus (ITC), das unter anderem Bestellterminals herstelle und auch geeignete LED-Anzeigetafeln anbieten könne. Ein möglicher erster Schritt wäre, eine digitale Fahrplananzeige am Oberen Stadtplatz zu installieren.

Herr StR Holler fragt nach dem Einfluss der Stadt auf Carsharing-Angebote und spricht sich für eine Förderung als Ergänzung zum ÖPNV aus.

Oberbürgermeister Dr. Moser stellt klar, dass die Stadt keinen direkten Einfluss auf den Carsharing-Betrieb habe. Man stehe jedoch mit einem Anbieter im Kontakt, um zusätzliche Fahrzeuge und Standorte zu ermöglichen. Dabei müssten Fragen der Flächenbereitstellung und Infrastruktur berücksichtigt werden. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, ein eigenes Carsharing-Netz aufzubauen; man unterstütze jedoch den Ausbau des Angebots durch Zusammenarbeit mit dem Anbieter.

Herr StR Holler betont abschließend, dass Carsharing unterstützt werden sollte.

Der Tagesordnungspunkt wird laut Beschlussvorschlag vom 02.03.2026 **zur Kenntnis genommen.**

TOP 6 Gegenstand:
Anfragen

Es werden keine öffentlichen Anfragen gestellt.

Abgeschlossen mit TOP 6 der TO. Vorstehende Beschlüsse sind laut Art. 51 GO rechtsgültig zustande gekommen.

Deggendorf, 17.04.2026

STADT DEGGENDORF

Dr. Christian Moser
Oberbürgermeister

Theresa Hiendl
Schriftführerin